

Die Zeitung enthält ...

Die Zeitung enthält ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Monarchistische Kundgebungen in Berlin.

Die Revolution in Ungarn.

Ein Aufruf an die Arbeiter.

Budapest, 23. März. (Ungarisches Teleg. Korresp.-Bureau.) Das Volkskommissariat für Heereswesen richtete an die beimgewehrten ungarischen Proletarierkrieger des russischen Roten Heeres einen Aufruf, in welchem es unter anderem heißt: Ihr habt für die Befreiung des internationalen Proletariats auf den Schneefeldern Sibiriens, in den Urwäldern des Ural und auf den Höhen von Karschan gekämpft. Im Proletarierheer des Sowjetungslands ist in erster Reihe euer Platz. Kommt und meldet euch im ersten internationalen roten Regiment. Wir haben Euch alle nötig.

Einen Aufruf ähnlichen Inhalts in russischer Sprache hat das Volkskommissariat für Heereswesen an die in Ungarn befindlichen russischen Kriegsgefangenen Proletarierbrüder gerichtet.

Die Sozialisierung in Budapest.

Budapest, 24. März. Bei mehreren hiesigen Banken ist seit dem 22. März bereits eine teilweise Sozialisierung durchgeführt. Die bisherigen obersten Leiter der Finanzinstitute haben sich zurückgezogen. Die Kontrolle übt ein aus Vertrauensmännern der Beamten bestehendes Komitee über alle Geschäfte und Kassen aus. Die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal der Finanzinstitute, die angeblich als Filialen einer zu kassierenden großen Staatsbank untergeordnet werden sollen, wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der Börsenverkehr ist seit zwei Tagen völlig eingestellt. Am letzten Börsentage erlitten die Kurse aller Werte Einbußen von 50-100, in einem Falle von 300 Kronen. Vollständig sozialisiert sind bisher die Zentral-Kreditgenossenschaft, die Postsparkasse, mehrere industrielle Unternehmen. Für die nächsten Tage steht die Sozialisierung aller Bausparvereine, aller hiesigen Theater und Vergnügungslokale bevor, die allen Zwecken des Proletariats dienstbar gemacht werden sollen.

Die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten.

Prag, 23. März. Das sozialdemokratische Blatt „Pravo Lidu“ schreibt zur Umwälzung in Ungarn, daß es sich um rein innere Angelegenheiten der Magyaren handle. Das tschechische Volk dürfe nicht mehr in einen neuen Krieg verwickelt werden, sei es gegen Rußland oder gegen Ungarn.

Oesterreichische Pressestimmen.

Wien, 23. März. (Korrespondenz.) Auch die heutigen Blätter heben übereinstimmend die Überzeugung aus, daß die Gründung der Räterepublik in Ungarn das Werk der Pariser Friedenskonferenz ist, die den größten Teil Ungarns an die Tschechen, Rumänen und Südslaven verschenkt und mit der Ruhe aller Völker spielt. Nicht so sehr um eine Diktatur des Proletariats, sondern um eine Diktatur der Vergewaltigung handle es sich in Ungarn. Die soziale Revolution Ungarns diene der nationalen Verteidigung. Der Übergang der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats diene der Verteidigung des Landes gegen den äußeren Feind nicht gegen die eigene Bourgeoisie. Eine Vereinnahmung der ungarischen Volkswirtschaft mit den russischen sei keine Unmöglichkeit und das Ereignis von Budapest könnte sich in anderen Ländern wiederholen, die in ihrem nationalen Selbststand von Paris aus bedroht werden.

Kommunistische Kundgebungen.

Wien, 23. März. (Korrespondenz.) Nach den bei einigen hiesigen Kommunisten und im Sekretariat der kommunistischen Partei durchgeführten Hausdurchsuchungen ordnete die Regierung die sofortige Entlassung der in Graz verhafteten Kommunisten an. Am Vormittag veranstalteten die hiesigen Kommunisten eine Demonstration gegen die Diktatur des Proletariats in Ungarn, die sich zu einer Demonstration gegen die Entente gestaltete. Der Vorsitzende verlas ein Telegramm der ungarischen Kommunisten an die Wiener Kommunisten, das ein solches Vorgehen des deutsch-oesterreichischen Proletariats mit

dem ungarischen fordere. Sämtliche Redner wandten sich gegen die sozialdemokratische Parteileitung.

Am Nachmittag demonstrierten die Kommunisten vor dem Rathause. Dabei sprachen auch Vertreter der bayerischen und der Berliner Soldatenräte. Die Versammlung nahm eine Entschiedenheit mit den Forderungen der Kommunisten an. Die Ordnung wurde nicht gestört.

Die militärische Lage im Osten.

Wien, 23. März. (Korrespondenz.) Der Minister des Auswärtigen Tschitschew richtete an den Volkskommissar für Auswärtiges in Budapest aus Moskau einen Junkpruch, worin er ausführlich die gegenwärtige Lage der russischen Sowjetrepublik und ihrer Truppen sowie deren Erfolge, namentlich im Süden und in der Ukraine, schildert. „Das jetzige System der Entente“, heißt es weiter, „besteht darin, nicht ihre eigenen Soldaten gegen uns zu schicken, sondern andere aus Feuer zu treiben. Deutschland, das sich ihrem Willen fügt, hat unter Hindenburg eine neue Armee als linken Flügel gegen uns geschickt, während die polnische Armee das Zentrum und die ukrainischen Wehrtruppen den rechten Flügel dieser Invasionsarmee bilden. Während unsere Truppen im Dongebiet und im Gebiet von Krasnodar und Orskograd vorrücken, nähert sich der deutsche linke Flügel Bessarabien, die russischen roten Truppen bedrohend, das polnische Zentrum aber bewegt sich gegen Wilna und Kiew und hat Bernawitsch genannt. Diese gleichzeitige Offensive ist offenbar die Ausführung eines wohlüberlegten Planes, hinter dem die Entente steht. Unsere Lage im Westen ist daher schwierig, am schwierigsten ist die unserer lettischen und litauischen Verbündeten. Da nun die ukrainischen Sowjettruppen sich Galizien nähern, wo es schon gährt, sind wir dadurch unserem ungarischen Verbündeten nahe, der im Rücken unserer Feinde steht. Gegen die anrückenden Deutschen und Polen werden neue Kräfte zusammengezogen. Das Erscheinen eines Verbündeten in Mitteleuropa ist sehr wertvoll.“

Kein Generalkrieg in England?

Lugano, 24. März. Nach einer Londoner Meldung des „Corriere della Sera“ sei die Gefahr eines Generalkriegs gebannt. Die Regierung habe den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse gemacht. Der Staat übernimmt das Monopol der Kohlengruben. Arbeitervertreter werden an der Verwaltung beteiligt sein.

Austritt aus der Internationale.

Paris, 23. März. (Havas.) „Humanité“ bedauert den Beschluß der italienischen Sozialistenpartei, aus dem internationalen sozialistischen Bureau auszutreten und den Beitritt zur dritten Internationale des russischen Proletariats zu erklären. Das Blatt meint, daß der Beschluß nicht unüberwindlich sein werde und daß man in kurzer Zeit die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie erleben werde.

Zunehmende Gärung in Polen.

Oppeln, 24. März. (Telumion.) In der Sitzung des polnischen Landtages wurde eine Interpellation des Abgeordneten Dazgostki vorgelesen, aus welcher hervorgeht, daß in Dombrów ein blutiger Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Militär stattgefunden habe, wobei das Militär auf die Volksmenge schoß und erhebliche Verluste verursachte. Der Minister des Innern antwortete, daß die Ereignisse in Dombrów und Bendzin im Ministerium des Innern bekannt seien. Die Lage im dortigen Kohlenrevier sei schon immer sehr beunruhigend gewesen. Dazu komme noch, daß an der Grenze Oberschlesiens deutsche Truppen stehen, welche einen Überfall auf das polnische Kohlenrevier planen. Es sollte gleichzeitig ein allgemeiner Streik proklamiert werden und angeordnet die an der deutschen Grenze bei Góslawitz stehenden Soldaten mit den Bolschewisten zusammenzutreffen, um letzteren den Einfall nach Polen zu erleichtern. Die Warnungen hatten das Zeichen zur Revolution in Polen geben sollen.

Die Aeußerungen des polnischen Ministers klingen reichlich phantastisch — wie immer, wenn ein Regierungsvertreter eine militärische Untat zu rechtfertigen sucht. Jedenfalls geht aus ihnen hervor, daß die Verhältnisse in Polen verwerflicher sind als hier gemeinlich angenommen wird.

Schuld der Regierung.

Der Belagerungszustand knebelt die politische Bewegung, Versammlungen bedürfen vorheriger Anmeldung, Demonstrationen, jede Ansammlung auf den Straßen ist verboten.

Aber dieses Recht gilt nur für die republikanische, revolutionäre Arbeiterklasse. Es gilt nicht für die Feinde der Republik, für die Gegner der Arbeiterklasse, die Monarchisten, Militaristen und Nationalisten. Ihnen gibt die „sozialistische“ Regierung die Strafe frei, sie können ungehindert ihre Politik betreiben und die Gegenrevolution organisieren. Das ist das Recht, das ist die Politik der Scheidemann, Landsberg, Koske und Heine!

Zeit Wochen und Wochen steigt die nationalistiche Welle. Dieselben Leute, die den Krieg herbeigeführt, den Frieden verhindert, die Niederlage verschuldet haben, drängen sich in den Vordergrund und entfachen nationalistiche Entzündungsstürme. Sie machen die Revolution und die Republik für ihre Verbrechen verantwortlich und die Scheidemann, Erzberger, Koske, ihre Mitschuldigen, bestrafen sie als die vollkommenen Böser bei ihrer schändlichen und dummen Außenpolitik. Diese Leute, die im Auftrag der Entente Krieg gegen Rußland führen, die den Sozialismus sabotieren und diskreditieren und damit das Vertrauen der Arbeiterklasse der Weltstaaten erschüttern, sie meinen, an den Nationalisten und Militaristen des alten Systems Stützen ihrer Politik zu finden!

Diese entsetzliche Einheitslosigkeit ist die Ursache, daß gegen Berlin der Schaulay von reaktionären Demonstrationen werden konnte, die zeigen, von welchem Uebermut bereits die Organisatoren der Gegenrevolution erfüllt sind.

Man zog vor das Bismarckdenkmal und verberlichte die alte Blut- und Eisenpolitik. Man sang „Seil dir im Siegestrang“ und brachte Hochrufe auf Wilhelm II. aus, man defilierte vor Ludendorff, der, im November entlassen, jetzt ebenso wie alle anderen Generale im „revolutionären“ Deutschland auf seine Stunde wartet, weil er nicht begeistert Koalition. Man schrie Ed. Bernstein nieder, weil er für das Selbstbestimmungsrecht Ost-Vollringens eintrat, und ließ Erzberger laun reden, weil er nicht sagen konnte, daß das polnische Gebiet preussisch bleiben müßte. Kurz, es war eine Orgie des alten Nationalismus, eine Demonstration für die alte Gewaltpolitik in derselben Zeit, in der man sich der Entente gegenüber auf die demokratischen Prinzipien, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruft.

Was gestern in Berlin verübt worden ist, verübt unter Beihilfe und Mitwirkung einer einseitigen Regierung, die die Folgen ihrer Politik nie zu beurteilen imstande ist — Herr Erzberger hat in der einen Versammlung gesprochen, Herr Schiffer die nationalistiche Demonstration von dem Reichskanzlerpalais aus begrüßt —, ist ein Verbrechen an deutschen Völkern.

Herr Clemenceau beruft sich gegenüber Wilson darauf, daß sich in Deutschland durch die Revolution nichts geändert habe. Der alte Geist des Monarchismus, des Militarismus und Nationalismus sei so lebendig wie je. Deshalb müssen reale und weitgehende Sicherungen geschaffen werden, die Deutschland verhindern, zur alten Machtpolitik zurückzukehren.

Es ist eine Lebensfrage für Deutschland, um zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, diese Verstellung zu zerstören. Statt dessen setzt unter den Auspizien dieser gräßlichen Regierung und Militaristen anrust und in den Vordergrund der Politik bringt und die schließlich zu Demonstrationen führt, die die Anführer Clemenceaus zu beständigen und zu bekräftigten werden und jede Gewaltmaßnahme gegen Deutschland auch in den Augen der Völker als Notwehr und notwendige Vorbeugungsmaßnahme erscheinen läßt!

Wenn Deutschland einen ungünstigen Frieden erhält, wenn Clemenceau in der Pariser Konferenz siegt, dann tragen die deutschen Nationalisten und Militaristen die Schuld und die Verantwortung. Wie sie uns in den Krieg und in die Niederlage hineingerissen haben, so ruinieren sie jetzt den Frieden und ruhen Deutschland vollends ins Verderben.

Daß das möglich geworden ist, dafür ist die Regie-

Führung voll verantwortlich. Sie hat alles getan, um die revolutionäre Bewegung zu schwächen und zu verderben. Sie hat den Nationalismus geächtet und den Militarismus wieder auferichtet. Sie hat die alten Generale in der Macht gelassen, sie hat es abgelehnt, die Schuldigen des Weltkrieges zur Verantwortung zu ziehen, sie hat alle ihre Machtmittel gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gerichtet und dem Offizierskorps wieder zur Herrschaft verholfen. Sie hat die kompromittierten Männer der alten Kriegspolitik als Friedensverhandler nach Paris, sie treibt hinterhältige und zweideutige Diplomatie und verbietet selbst alle Möglichkeiten für einen annehmbaren Frieden. Unfähig im Innern wie nach außen, ist die Regierung ein Unglück für das deutsche Volk. Nach fünf Monaten Revolution ist das Ergebnis ihrer Politik: Hoch Ludendorff! Hoch Wilhelm II!

Über den Verlauf der gestrigen Straßendemonstrationen entnehmen wir der bürgerlichen Presse noch folgende Schilderung:

Mit schwarzen, weiß-rotten Fahnen und einer Musikkapelle rüdte der Zug heran, der sich aus den Teilnehmern der Versammlung des Nationalverbandes deutscher Offiziere gebildet hatte und der inzwischen auf viele Tausende angewachsen war. Als er durch die Wilhelmstraße marschierte, entstand plötzlich eine Bewegung, und der Ruf wurde laut: Ludendorff! In der Nähe der Englischen Post stand in der Tat ein hochgewachsener Herr mit einer Dame in Trauer. Es war General Ludendorff. Am Zug hatte man ihn erkannt und umringt. Man brachte Hochrufe auf ihn aus und begrüßte ihn stürmisch. Nur mit Mühe konnte sich der General den Halbmonden unter fortwährendem Danken entziehen. Umstehende Offiziere sorgten dann dafür, daß seine Bedienung im Zuge eintrat.

Natürlich stand General Ludendorff nur zufällig an der betreffenden Stelle und kam dadurch in die „Verlegenheit“, eine nationalistische Ansprache zu halten.

Mit dieser Demonstration haben es die Nationalisten aber noch nicht bewenden. Sie beschworen vor dem Bismarckdenkmal den Geist von 1914 heraus. Darüber wird berichtet:

Am Bismarck-Denkmal hatten sich im Anschluß an die Kundgebungen vor der Reichskanzlei Tausende versammelt. Ein Mann vor der schwarzen-weiß-rotten Fahne erhellte die Gedulge an Bismarckdenkmal. Leutnant Wollen in verlas die Entschließung des Nationalverbandes deutscher Offiziere. Die neue einstimmige Zustimmung fand, und leste sie als Leutnant vor dem Reichskanzler zu Füßen. Ein anderer Redner begrüßte Bismarck: Lieber Bismarck, wir sind wieder hier und regiere du uns wieder! Ein weiterer Redner ließ das deutsche Offizierskorps leben, das auch jetzt wieder bereit sei. Blut und Schwitz für Deutschlands Rettung einzusetzen. Ein Soldat versicherte: Wir wollen unseren Treueschwur nicht brechen. Es'ede das deutsche Vaterland, hoch! Weiter wurde ein Hoch auf den Kaiser ausgerufen, und im Anschluß daran gesungen: Heil dir im Siegerkranz! Schließlich erstieg ein Gymnasiast die Stufen. Auch die Jugend wollte hier zu Worte kommen. Er erinnerte an den 2. März und brachte dem alten Kaiser ein Obitua. Leutnant Wollen: Wenn der Geist von 1914 wieder lebendig wird, so wird Deutschland nie untergehen!

Auch vor dem Hotel Adlon wurde demonstriert. Hier wohnten die meisten Mitglieder der auswärtigen Missionen. Man sang ihnen das Lied „Deutschland Deutschland über alles“ vor und als einzige amerikanische Offiziere sichtbar wurden, die man für Engländer hielt, brachen die Demonstranten in laute Rufe „Nieder mit England!“ aus.

Ebenso beglänzt ist auch der Verlauf der Versammlungen. Im Circus Busch sprach u. a. Edward Bernheim. Er wurde mit stürmischer Beifall empfangen, wurde aber, als er den Weg der Verabschiedung empfahl, einfach niedergebügelt. Den wahren Geist der Kundgebungen zeigte die Aufnahme der Red: von Esberger. Er sprach nur gegen die Anzeigen der Weltpreußen und Danzig. Ueber die sich daraus ergebenden Zustände in der Versammlung berichtet die „Tägliche Rundschau“:

Ich sag: es im Bewußtsein der vollständigen Tragweite meiner Worte: das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig und Westpreußen und eines Teils von Oberschlesien befaßt ist, nie und nimmer unterzeichnen. (Stürmischer, anhaltender Beifall. — Danach rufte eine Stimme: Wie steht es aber mit Polen? Der Ruf

wird von Hunderten und von Tausenden aufgenommen, und bald rufte die ganze Versammlung stürmisch Esberger zu: Wir wollen von Polen hören, geben Sie uns Auskunft über Polen! Esberger muß innehalten und fährt dann fort: Ich weiß mich in meiner Erklärung in vollkommener Übereinstimmung mit dem Gesamtministerium. Deutschland läßt sich seine unüberwindlichen Rechte auf keine nationale Einheit nicht rauben. (Erneute stürmische Zurufe: Wie steht es mit Polen? Wir wollen endlich über Polen hören. — Die Stimme ruft: Er schwelgt. Sehen Sie, da haben Sie die Geschichte.)

Als wieder Ruhe eintritt, erklärt Esberger: Auch was Polen betrifft, werden wir uns an die von Wilson aufgestellte Formulierung halten: deutsches Land und deutsches Gebiet kann und ebensowenig entzogen werden. (Zurufe: Aber Polen — warum so verfluchuliert?)

Ein vernichtendes Urteil.

Von der Regierung und der ihr willfährigen Presse wird gegenwärtig ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt. deren Ziel es ist, die Ablehnung des Friedens als unumgänglich hinzustellen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dies eine völlig unverantwortliche Handlungsweise ist, die das deutsche Volk in noch größerem Unglück stürzen wird.

Aber die Regierung sieht aus der von ihr mitverkauften verfahrenen Lage keinen anderen Ausweg. Genau wie die alte kaiserliche Regierung, so hat auch sie nicht das geringste getan, um dem Auslande und der Arbeiterklasse in den Ententeländern zu zeigen, daß sie eine Politik zu treiben gewillt ist, die im Gegensatz zu den alten militaristischen Machthabern in Deutschland steht. Sie ist sogar so verblendet, daß sie die Friedensdelegation aus Leuten zusammensetzt, die während des Krieges zu den stärksten Stützen der verhassten Militaristen gehört haben und alle ihre Taten rechtfertigen. Sie sieht nicht, daß dies das allerungeeignetste Mittel ist, günstigere Friedensbedingungen zu erreichen, und nur demjenigen nützt, die die Vernichtung Deutschlands wünschen.

Wie bürgerliche Passifisten, die die Stimmung des Auslandes kennen, über die Zusammenlegung der deutschen Friedensdelegation urteilen, zeigt die folgende Ausrufung v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

In der Tat, die Wahl von David ist einfach verhängnisvoll. Er ist eine so hervorragende Persönlichkeit, daß seine Person der Delegation einfach ihren Stempel aufdrückt. Und dieser Stempel ruiniert uns die Friedensaussichten. Denn David ist in der ganzen Welt als der Bannerträger und spiritus rector der Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie. Er drängte sich im Reichstag zu der Rolle des freiwilligen Regierungskommissars für die Wehrmannschaftspolitik. Er hat das unheilvolle Memorandum für Stockholm verfaßt, in dem nicht bloß die Hauptschuld Deutschlands bekräftigt, sondern für die Schuldlosigkeit Deutschlands plädiert wird. Er hat sich damit allerdings den Beifall des Grafen Reventlow („Deutsche Tageszeitung“ vom 13. März 1919) zugesprochen, aber gleichzeitig die ganze Welt gegen sich aufgebracht.

Ich weiß, daß es für die französischen Chauvinisten ganz gleich ist, wen wir nach Paris schicken. Aber alles kommt für uns darauf an, Wilsons Stellung zu stärken und ihm die Möglichkeit zu geben, Lloyd George auf seine Seite zu ziehen. David in Paris — das ist ein Schlag ins Gesicht von Wilson! Hoffentlich kann Clemenceau den amerikanischen und englischen Passifisten und seinen eigenen Sozialisten entgegenhalten:

„Sieht es das neue Deutschland aus?“ Diese Zusammenlegung ist geradezu vernichtend für unsere Friedensaussichten. Es wäre sie erfolgt nach dem Diktat der böswilligsten unserer Feinde. Keine einzige Person ist in der Delegation, die nicht in der einen oder anderen Richtung als belästigt ist. Nicht eine Person ist in ihr, die während des Krieges durch Verweigerung der Kriegstreiber ihre Opposition gegen den alten Kurs offen bekundet hätte. Die Unabhängigen, die offen bei der internationalen Arbeiterbewegung Vertrauen genießen, sind fast völlig ferngehalten. Obwohl man doch in einem Manne wie Kautsky eine nach jeder Richtung hin qualifizierte Persönlichkeit präferieren konnte.

Als ich von Zürich wieder nach Deutschland abfuhr, erließen

nach ein meist rechts von mir stehender deutscher Professor auf dem Bahnhof, um mich zu befragen, ich solle alles in Berlin herausfinden, um zu verhindern, daß Dr. David nach Paris gehe. Man habe anheimend in Berlin und in Weimar keine Ahnung von der im Auslande selbst in und leidlich wohlgeleiteten herrschenden Stimmung. Sankt hätte man nie auf den Gedanken kommen können, als bekanntestes Mitglied der deutschen Delegation einen Mann zu benennen, dessen Name wie eine Provokation von allen Passifisten der Welt empfunden werde.

Was tut der Kultusminister?

Der „Werkdienst“, eines der Propagandabüros der Regierung, versendet unter seinen Flugblättern auch einen Ausruf „An alle Lehrer und Lehrerinnen“.

Darin wird mit nicht eben tiefbünderten Gründen, sondern mehr mit gutgemeintem Pathos von einem allgemein menschlichen Standpunkt aus die deutsche Lehrerschaft zum Sozialismus aufgerufen. Ohne Zweifel handelt der „Werkdienst“ in gutem Glauben und in guter Absicht, wenn er auf diese Weise die Lehrerschaft zum Sozialismus zu bekehren sucht. Die kleine Broschüre stellt, ebter Begeisterung voll, es so dar, als markierte die Lehrerschaft, sobald sie sich entschließen sozialistisch zu denken, zu empfinden und zu handeln, an der Spitze ihrer Schule, an der Spitze der ganzen Menschheit geraden Wegs ins Paradies.

Wohin aber markiert der deutsche Lehrer, der sich bezieht durch das Pathos des Werkdienstes, oder vielleicht auch geführt auf etwas realere, ernstere und tiefere Gründe, wohin markiert der deutsche Lehrer in Wirklichkeit, wenn er sich sozialistisch zu sein und als Sozialist zu handeln? Durchaus nicht ins Paradies. Sondern in einen Irrenstern von Schikanen, Maßregeln, offenen und heimlichen Widerständen, in einen aufreibenden Kampf mit Vorgesetzten, mit Direktoren, mit Schülern, Eltern und Kollegen.

Der Ausruf behauptet zwar, die Neovollständigung hätte der Lehrerschaft die Freiheit gebracht. Aber das ist ein absoluter Schwindel oder, würde gesagt, ein Irrtum. Die Revolution hat an der Lage der Lehrerschaft bis heute nicht das geringste geändert. Der ganze alte bürokratische, antidemokratische und erst recht antisozialistische Vorgesetztenapparat ist derselbe geblieben. Die alten Direktoren, Direktoren, Schul- und Gemeinderäte sind dieselben geblieben, fühlen sich in ihrem Amt und in ihrer reaktionären Gesinnung sehr sicher und schikantieren jeden Lehrer, sobald er sich sozialistischer Gesinnung auch bloß verdächtig macht, mit Verordnungen und Maßregelungen, heimlich und öffentlich.

Damit, daß man ins Kultusministerium zwei oder drei Sozialisten berufen hat, ist nichts getan. Entweder fehlt denen der Wille oder die Macht, ihre sozialistischen Grundzüge durchzusetzen. Ja es ist ihnen nicht einmal möglich, die wenigen sozialistischen Lehrer vor den Verfolgungen ihrer direkten Vorgesetzten zu schützen.

Das ist nicht übertrieben. Wir stellen, wenn er unsere Behauptung bezweifelt, dem Kultusminister sehr reichhaltiges Material zur Verfügung, aus dem hervorgeht, daß jetzt unter seiner Amtsführung Lehrer nicht nur gemahregelt, sondern am Unterrichten gehindert werden, weil sie ihre sozialistische Gesinnung öffentlich bekennen und vertreten.

Wie kann die Regierung es wagen, unter solchen Umständen die Lehrerschaft durch amtliche Organe zum Sozialismus aufzurufen, wenn sie nicht einmal fähig ist, die Sozialisten unter den Lehrern gegen ihre eigenen Beamten zu schützen? Wie darf sie das wagen, bevor sie nicht die geringsten sozialistischen, ja nicht einmal die elementarsten Forderungen der Demokratie in den Schulen verwirklicht hat?

Es wäre wohl ihre Aufgabe, nicht mit pathetischen, aber inhaltlosen Worten, sondern mit Taten die Lehrer zum Sozialismus aufzurufen. Beginn sie damit, in der Schulfuge die Forderungen des Sozialismus, die in diesem Falle ganz besonders die Forderungen der Menschheit sind, zu verwirklichen, so wird sich die Lehrerschaft ganz von selbst in eine sozialistische Bewegung verwandeln.

Darüber aber sollte die Regierung alles aufbieten, um wenigstens die Lehrer zu schützen und den Schulen zu erhalten, die bereits bewachte Sozialisten sind. Mit leeren Worten und Versprechungen ist das nicht getan.

Die Borchölle.

Aufführung durch die Dramatische Gesellschaft im Kleinen Schauspielhaus.

Hudolf Leonhard der Lyriker verlegt sich auch in seiner Tragödie „Die Borchölle“, die am Sonntag mittag durch die Dramatische Gesellschaft im Kleinen Schauspielhaus die Aufführung erlebte. Co der Dichtung dadurch gedient war, daß man sie ins Licht der Bühne stellte, muß nach diesem Experiment bezweifelt werden, ob diejenigen Recht hätten, die im Theater diese Gesellschaftsstände und höflichen Gedanken als zu peinlich empfanden. Der Schrei des Krieges und der Wunden schritt laut aus der gequälten Menschenbrust, und auch die Bühne soll von ihm widerhallen, wie nur je seit den griechischen Tragödien. Aber der „Borchölle“ des jungen Dichters Leonhard fehlt die dramatische Mut. Die Erlöse und das Pathos seiner Schmerzen verhallt in Bühnenraum. Die Lyrik seiner Sprache und die Lyrik seiner Gedanken, das Sehnen nach Erlösung und die Verzweiflung über die kalten Tatsachen vermählen sich nicht zu dramatischer Wiedergeburt. Im Leib und Geist, um den niedrigen Menschen wie um Christus ringt es in diesem auf- und abschwellenden Martyrium, diesem Inferno der Qualen und Schmerzen.

Der verkrüppelte, gezeichnete, in namenlosem Jammer sich verblutende Soldat, die barmherzige Schwester, der Arzt und der Kronenwächter im Lazarett sind die lebenden und um alles in der Welt lebenden Personen dieses Finalers ohne Handlung, der um Vermeidung letzter Dinge ringt und Rätsel auf Rätsel irt. Dunkle symbolische Worte, die sich vom gedanklichen Juielicht oft zu transparenter Lyrik erheben, werden unterbrochen von harten Karufen und Tragen der brutalen Wirklichkeit. Sühne Odne martiren den Lebenden, aus dem Segen quillt Fluch und Lästerung. Die visionäre Jubelst dieser Menschentragödie taucht nach dem Höchsten, aber die banale Kraft der dichterischen Offenbarung bleibt ihr verjaht. Aus dem Delirium des stierenden Kranken dringt der Schrei in seinen Götterhimmel. Welch Nichts die nicht nur durch den Titel beschworene Welt Dantes und Dürers verschlossen und bei dem Kampf der unendlichen Wechsellage wird die Erinnerung an Brecht und an Frey von Anruhs häcker gegaberte Tragödie „Ein Gefäß“ noch.

War es Eklektizismus oder innere Starrheit, daß sich aus

dem vorwiegend literarischen Publikum am Schluß kaum eine Hand zum Beifall regte? Die Darstellung kam dem dramatischen Gedicht nach Möglichkeit zu Hilfe, wobei aber vornehmlich den Wunsch zu nachprüfender Klarheit, zumal vieles von dem Gesagten und Geschehen auf dem Weg von der Bühne zum Hörer verloren ging. Manches hätte in geläuteter Sprache stärker und bewegender ausfallen können. Herr Szallit wählte aber als quodlibet stehender Soldat die wimmernde Rat an den Höhepunkten doch zu erschütternder Klage und Anklage zu steigern. In die verkürzten Worte der Kronenwächter verdrängte Hel Helene Bürger ein reises Können und ein heisses Herz. Der „Borchölle“ des Herrn Paul Wienfeldt hätte erheblich jünger sein müssen. In den anderen Gestalten, den lebenden Symbolen des Schmerzes, steht er als ein mehr individuell gearteter Psychologismus. Diese Elemente liegen sich zu einem lebendiger zwingenden Charakterbild verdichten, als es der in seiner Art sonst so vorzügliche Herr Wienfeldt vermochte. Dem übermächtigen Kronenwächter gab an Stelle des Herrn Valentin ein ungenanntes Dackelchen den natürlichen Ausdruck der dumpf gebändigten Kreatur. Die Regie des Herrn Karl Meyer hielt sich in den geordneten Grenzen des bürgerlichen Trauerspiels ohne den Durchblick der Tragödie auf Himmel und Hölle.

Erich Baron.

Eine Architektur-Ausstellung.

Der Arbeiterrat für Kunst veranstaltet eine Ausstellung unbekannter Architekten, welche am Montag in Remonns graphischem Kabinett, Rarkirtenbamm 23, eröffnet wird. Der Eintritt von 10—6, ist frei und es ist wünschenswert, daß die Ausstellung gerade auch von Arbeitern besucht wird, weil sie den Zweck hat, dem Arbeiter endlich einmal zu zeigen, daß die Architektur die Kunst ist, die die große Gemeinschaft im höchsten Maße angeht. Das Neue dieser Ausstellung liegt darin, daß sie phantastische und auch „Wirklichkeit“behebungen von Architekten zeigt, deren Name und Schaffen früher unbekannt geblieben und damit ein Gradmesser für die Arbeiten der „Vorkämpfer“ ist. Wir haben mehr Künstler unter den Architekten, als wir wissen, und diesen Unbekannten soll Gehör werden.

Die Genossenschaft sozialistischer Künstler.

Die Gründung einer „Genossenschaft sozialistischer Künstler“, von der verschiedentlich in letzter Zeit berichtet wurde, hat sich jetzt unter starker Beteiligung von künstlerischen Berufsgruppen vollzogen. Die Debatte war oft von lebhaften Meinungsdivergenzen getragen, insbesondere erregte der Vorschlag im Statut, daß nur die Zugehörigkeit zu einer sozialistischen Partei zur Mitgliedschaft berechtigt, starken Widerspruch. Viele Künstler mochten sich dieser Bestimmung nicht unterwerfen und verließen die Versammlung. Die Gründer der Genossenschaft aber glauben, nur ein einigartiges gemeinschaftliches Arbeiten auf einer gesamtgesellschaftlichen Basis unter Künstlern dadurch erreichen zu können, daß sie ein diszipliniertes sozialistisches Denken und Handeln voraussetzen. Es ist ferner beschlossen worden, die Genossenschaftsanteile von 20 M. auf 100 M. zu erhöhen, die in Raten abbezahlt werden können. Die Erzeugnisse der Genossen sollen mit Hilfe der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitnehmergeorganisationen ihren Absatz finden. Man beabsichtigt, bereits in nächster Zeit mit künstlerischen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten, ebenso ist eine Kunstausstellung geplant, die besonders den Arbeiter zugänglich gemacht werden soll und die man auch als Wanderausstellung durch die großen Industriestädte Deutschlands zu schicken gedenkt. Zum Vorsitzenden der Genossenschaft ist der Schriftsteller Friedrich Ratteroth, Berlin-Steglitz, Remonnsstraße 24, gewählt worden.

Das Wiener Burgtheater soll wegen finanzieller Schwierigkeiten aus einem Staatsbetrieb in einen Genossenschaftsbetrieb der Schauspieler umgewandelt und mit Kino und Konzert verbunden werden. Als Leiter wird Dr. Theodor Mittner, der bekannte Dramatiker und Verfasser von „Unterwegs“ vorgeschlagen.

Ein Staatsinspektor will der Münchener Intendant und Schauspieler Schwandt aus dem aufgelassenen Rarkall in München machen.

Revolution und Künstler betreibt sich eine Veranstaltung, die am 23. März im Lichtnerhaus, abends 8 Uhr, stattfinden wird. Der Friede vom Landesbrater Tredden spricht u. a. die Schlußkapitel der Brüderchen Roubelle „Der Anarchist“. Kurt Geis Meure liegt einleitend seinen Ausruf zum Sozialismus.

Bruno Decarli hält am 26. März einen zweiten Vortrag abends im Gendarmenhof. Vortrag: „Von Gott und Natur“

Sozialistische Schulpolitik.

Dr. L. Die bürgerliche Klasse und ihr mehrheitssozialistischer Anhang glauben noch immer, mit Scheinoffensiven ihre Herrschaft retten zu können. Das zeigt sich überall, so auch auf dem Gebiete der Schule. Die höhere Schule war bislang die wunderbare Konserve für die bürgerliche Gesellschaft. In ihr erwacht der Bürgergeist auch bei mittlerer und minderer Begabung die Kenntnisse für seine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft. In ihr wurden Beamte und Offiziere mit national-monarchistischer Gesinnungsbildung und dem nötigen Können für die bürgerliche Gesellschaft erzogen. Diese bevorzugte Stellung, die man natürlich nicht missen will, um sie nicht ganz zu verlieren, muß man den demokratisch-liberalen Idealen unter dem Zwange der proletarischen Forderungen ein Opfer bringen. Dieses Opfer ist der sogenannte Aufstieg der Tüchtigen. Man erhält in den höheren Schulen den Vortrang der Freistellen für begabte Proletarier von 15 auf 20 oder gar auf 25 Prozent. So glaubt man seine Pflicht erfüllt zu haben. Doch das Proletariat kann und wird mit diesem Dankeschreiben durchaus nicht zufrieden sein.

Wenn in den nächsten Tagen und Wochen in den Gemeinden über diese Frage verhandelt wird, so mögen sich unsere Gemeindevorsteher nicht durch einen derartigen Schein Erfolg täuschen lassen. Für eine sozialistische Schulpolitik ist es durchaus nicht gleichgültig, ob die begabtesten Proletarierkinder schon vom 9. Jahre ab der einheitlichen Grund- und Volksschule entzogen werden. Denn damit wird die Volksschule nicht nur zu einer Armen- und Minderwertigen Schule für eine kleine Anzahl von Proletarierkindern in der Masse der begabtesten Bürgerkinder eine wenig beneidenswerte Rolle spielen. Die Proletarierkinder werden sich schon zu frühzeitig von der Masse durch ihre Kleidung unterscheiden; sie werden manche schmerzlichen Schamerhaltungen und Vergewaltigungen nicht mitmachen können u. s. f. Vor allem aber werden sie dem Proletariat entfremdet und durch und durch von dem „höheren“ Wert der höheren Kultur des Bürgertums erfüllt werden. Das birgt die Gefahr in sich, die Vergangenheit genug gezeigt hat, daß viele Emporkömmlinge die höchsten Stufen der bürgerlichen Gesellschaft und Heime des Proletariats werden. Ferner aber wird auf diese Weise die höhere Schule konseziert und der Weg für die Einheitschule verlegt.

Das Ziel des Sozialismus: der Aufstieg der Tüchtigen muß vielmehr auf der Basis der Schule der breiten Massen des Volkes geschehen. Die sozialistische Schulpolitik muß darauf abzielen, alle Kinder der Arbeiterklasse in die höheren Schulen zu entlassen. Dadurch wird der Gemeinde und dem Staate eine Menge Geld erspart. Daneben läßt sich praktisch sofort die Einheitschule auf die Volksschule aufbauen. In Kommunen, die sozialistische Wechselschulen haben, lassen sich Eltern 1919 aus den begabten 13jährigen (7. Schuljahr) der Volksschulen eine oder mehrere Versuchsklassen bilden. Diese Versuchsklassen beginnen mit Mathematik und einer neuen Sprache. Nach 2 Jahren tritt eine Scheidung ein. Diejenigen Schüler, die die Reigung zur praktischen Betätigung als Kaufleute, Techniker, Ingenieure u. s. f. zeigen, werden nach einem freien Lehrplan in der Richtung und mit dem Ziele der Oberrealschule unterrichtet. Diejenigen dagegen, die die Reigung zum eigentlichen Studium zeigen, werden in der Richtung und mit dem Ziele eines Gymnasiums weitergebildet.

Der Gewinn dieser Maßnahme ist offenbar. Die Kinder des Proletariats bleiben dem Proletariat erhalten und werden in gewissem Sinne zu Pionieren des Proletariats ausgebildet. Die Begabten werden der allgemeinen Grundschule nicht früher als nötig entzogen. Es bedarf keiner besonderen Rücksicht, um den Übergang von der Volksschule zur höheren Schule zu ermöglichen. Pädagogisch wäre außerdem noch von großer Bedeutung, daß hier die Möglichkeit einer freien Gestaltung des Lehrplans gegeben wäre, und diese Klassen als wahre, pädagogische Versuchsklassen aufgebaut werden könnten. Wir haben sehr häufig bei Schulreformen das Schlagwort von organischer Entwicklung und kontinuierlichem Ausbau gehört. In den meisten Fällen verband sich dahinter konterrevolutionäre Rücksichtigkeit und der Selbstverleugungsdrang bevorzugter Stände. Hier ist nun wirklich eine Möglichkeit zu einem organischen Ausbau einer Einheitschule gegeben.

Die „Internationale des Geistes“.

Von Felix Siebinger.

Wir geben diese Ausführungen als beachtenswerte Kritik an der besonders in Deutschland vorfindenden Irreführung der großen geistigen Bewegung wieder, die namentlich in Frankreich durch ausreißende Bekämpfer wie Romain Rolland, dem Verfasser des „Johann Christof“, und Paul Bourdieu, dem Verfasser des „Fener“, während des Krieges einen Anfang nahm, der mehr als einen internationalen „Literaturbund“ verpöndelt.

Ein Schlagwort geht gegenwärtig in Deutschland um, das die Bourgeoisie-Intellektuellen entzückt, leider aber auch die sozialistische Jugend der geistigen Arbeiter zu verführen droht. Dieses Schlagwort verkündet die „Internationale des Geistes“. Im Interesse der ehrlichen Vorkämpfer für die Erneuerung der Menschheit und die Befreiung der Unterdrückten aus der Hölle der kapitalistischen Gesellschaft treten wir dieser irreführenden Lösung entgegen. Die Schuld aller Intellektuellen an den ungeheuerlichen Greueln des letzten Jahrzehnts ist so gewaltig, daß sie durch nichts als durch die ungewöhnliche Mithilfe an der Befreiung des internationalen Proletariats gesühnt werden kann. Für jedes kluge Denken erweist sich, daß die wahre Internationale des Geistes nur aus dem Sturze der Klasse entstehen kann, die ein Interesse an der Verhinderung der Völker und an der Unterdrückung des Proletariats hat. Daß also der Sieg der Arbeiter über ihre nationalstolischen Unterdrücker, daß der Sieg des Sozialismus allein die wahre Internationale des Geistes, nämlich die proletarische Internationale hervorbringen kann.

Die „Internationale des Geistes“, die uns heute von bürgerlichen Dichtern und Literaten gewidmet wird, denen teils der Kopf, teils das Herz zu den letzten Konsequenzen fehlt, ist nichts anderes als der hundertmal teure weltbürgerliche Geist der Bourgeoisie, der im 18. Jahrhundert durch die französische Revolution zur Herrschaft auf dem Kontinent gekommen ist. Diese neue fregische Klasse war tatsächlich vom Geist einer Internationale erfüllt, oder wahrhaftig vom Geist einer ganz anderen Internationale als wir erstreben. Es war die Internationale des freien Handels, die Internationale der Ausbeutung des eigenen Volkes und aller anderen Völker, die Internationale der Völkerung aller Erdteile, die Internationale des bürgerlichen, kapitalistischen Eigentums. Ihr Geist erzeugte nicht durch die Sprengung des Feudalismus das neue, freie Denken des

Sozialistische Gemeindevorsteher, nutzt diese Gelegenheit! Es ist der erste kleine Schritt, um zu einer wirklichen sozialistischen Arbeit- und Gemeindevorsteher zu kommen.

Freilassung des bürgerlichen Sanitätspersonals und der Schwerverwundeten.

Berlin, 23. März (T. U.) Der erste Transport schwerverwundeter und schwerkranker deutscher Kriegsgefangener verläßt, wie die französische Kommission in Spaas mitteilt, Lyon am 24. März und geht über Belgard nach Deutschland. Er umfaßt 350 Gefangene, von denen etwa 100 getragen werden müssen.

Roste an allen Enden.

Aus Waldenburg in Niederschlesien wird uns geschrieben: Mitte März fand in Aßwasser eine Bergarbeiterversammlung statt, die sich mit den niedrigen Löhnen und den schmerzlichen Ernährungsverhältnissen befaßte. In der Versammlung wurde auch Stellung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann genommen, und die Mehrheit der Versammlung befand sich durch ihren Beifall, daß sie mit den Zeiten dieser Zeiten nicht mehr einverstanden sei.

Infolge dieser Kundgebung witterten die Vertreter der Rechtssozialisten sofort Gefahr für den Kreis Waldenburg. Es wurde nach Militär gerufen, und in wenigen Stunden kamen Hunderte der schließenden Engel herbeigeeilt. Sie besetzten die öffentlichen Gebäude und größeren Betriebe. Die Bevölkerung war überaus ängstlich erregt, und diese Erregung steig noch mehr, als die Roste-Gordisten im Laufe des Tages Schießübungen veranstalteten.

Im ganzen Kreise Waldenburg sind Grenzschutztruppen untergebracht, angeblich um rechtzeitig einen Einfall der Tschechen zu verhindern. Man kann aber die ganze österreichische Grenze entlanggehen, ohne auch nur einen Tschechen zu erblicken. Die ganze Gegend hat nur den Zweck, die Werbung der Freiwilligen zu fördern und mit diesen sonderbar zusammengesetzten Garben gegebenenfalls gegen diejenigen Arbeiter zu marschieren, die mit einer weiteren Herrschaft des Kapitalismus nicht einverstanden sind.

Soldatenräte unter Auflage.

Der Korpskolonnenrat des 9. Armeekorps (Hamburg) hat sich feinerweise gegen den Dummheit der Rostegordisten gegen Bremen gewandt. Weil er diese Schläpfer nicht mitmachen wollte, hat ihn der Reichswehrminister Roste unter Auflage gestellt. Der betreffende Erlass steht im Verordnungsblatt für das 9. A.-K. und lautet:

Kom. Armee-Abt. Nr. 114/19 A. 1. geht ein. (1) Durch sein Verhalten während der Unternehmung gegen Bremen hat sich der Soldatenrat des 9. A.-K. dem, was in Gegenwart zu den Anordnungen der Regierung, des Oberkommandos Roste und der Kom. gefügt. Er hat Befehle erlassen, die beinhalten: 1. Truppenführungen zu verhindern, 2. Teile des 9. A.-K. gegen die Regierungstruppen einzusetzen, 3. Die Anordnungen der Regierung betr. Waffenabgabe in Bremen zu durchsetzen. Wegen die Schulden ist strafrechtliches Verfahren geboten. Kom. erlucht um Mitteilung des Ergebnisses nach rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens.

Der Erlass ist außer von Roste auch von dem Unterstaatssekretär Köhler und dem Kriegsminister Reinhard gezeichnet. Die Schlussfolgerung daraus ist klar: Wer unter den Soldatenräten aus sozialistischem Pflichtgefühl ein von Roste beabsichtigtes Blutbad verhindern will, wird vor ein Kriegsgericht gestellt. So macht Herr Roste seine „ganze Arbeit“.

Der Geist der Regierungstruppen.

Welcher Geist unter den Truppen herrscht, die die Regierung Ebert-Scheidemann zum Schutze der „sozialistischen“ Republik aufgebracht hat, haben wir in Berlin zur Genüge gesehen. Er weicht auch bei den Grenzschutztruppen im Osten. Dafür ein Beweis, der uns von einem Zeugen gegeben wird, der bereit ist, den Vorfall ecklich zu bezeugen. Der Zeuge heißt uns mit:

„Bei dem Sturm auf Weitenfeld am 13. März, vor-mittags 12.30 Uhr, sah ich einen russischen Weidwetter mit klaffender Kopfwanne im Strohengraben nach Alt-Aute

zu liegen. Zwei Soldaten durchsuchten die Taschen nach Geld und Wertpapieren, wurden aber von einem Diefestweidel daran verhindert, der sagte: Hier wollen wir Menschlichkeit walten lassen. Dabei griff er dem Verwundeten in die Tasche, zog die mit Rubeln gefüllte Brieftasche hervor und steckte sie kaltblütig ein. Ein anderer Soldat beschloß hierauf dem Verwundeten einen Pistolenschuß, so daß dieser sein Leben vollends aushauchte.

Im selben Tage wurden drei Gefangene nach kurzem Verbleiben den Bataillonsoffizieren an die Wand gestellt und von Pöhrlichen und Besatzungen (Wegweis von 10-18 Jahren) erschossen. Die Leichen waren noch nicht kalt, da waren auch schon 5 Soldaten dabei, ihnen Leibriebe men, Stiefel und Wertgegenstände abzunehmen. Offiziere sahen dem traurigen Schauspiel zu. Bei meinem Abgang am 14. sagte der Bataillonskommandeur zu mir und noch 7 anderen Kameraden wörtlich das Folgende: Leute, bestraft, geftern haben die Bolschewisten Löbungen bekommen, da könnt ihr Euch gefunt stoßen und in Berlin einen Laden aufmachen!“

„Der gestörte Löhnungsappell.“

Die „Volkswacht“, das unter der Leitung des früheren Kreisberichterhotters Colin Koch stehende Soldatenorgan, bringt in seiner letzten Ausgabe aus dem Lohnebuch eines Freiwilligen über die Kämpfe mit den Ausländern in Berlin. Unter der Überschrift „Der gestörte Löhnungsappell“ wird über die Erschießung der 24 Matrosen in der Französischen Straße wie folgt berichtet:

Dienstag, den 11. März.

Das mag gerade kein angenehmer Löhnungsappell sein, den die Sozialisten gewohnt sind, dem wir zehrt und angehört haben. Unsere Kundschafter haben die Sache „ausbalanciert“. Witten im Zentrum Berlins, in einem Lokal in der Französischen Straße, sollten die Reste der aufgelösten Volksmarineabteilung zum Löhnungsappell zusammenkommen. Unauffällig wurde das Gelände von uns umstellt, ahnungslos kamen sie an, um sich die Löhnung auszahlen zu lassen. Im geeigneten Zeitpunkt schlossen wir den Ring, sozusagen einziger und ein Teil drang in das Lokal ein mit schußfertigen Revolver die Leute zur Uebergabe auffordern. Die Mehrzahl ließ sich willig gefangennehmen, einige Hühler oder sogar verborgene Waffen hervor und versuchten Widerstand zu leisten. Zu ihrem Verderben, denn sie waren schnell überrollt und mahlten auf Grund des Standrechts erschossen werden. Im übrigen machten wir beim Unternehmen 800 Gefangene, beschlagnahmten etwa 18 000 Mark in barem Geld und belamen eine große Anzahl wertvoller Werten in die Hand...

Nichts kennzeichnet den unter den Regierungstruppen abwartenden Geist der Verrohung besser als die schnoddrige Darstellungen dieses Freiwilligen. Seine Aufzeichnungen sind aber zudem noch verlogen. Denn die Matrosen kamen nicht in einem Lokal, sondern in der Kasernenverwaltung zusammen. Außerdem zogen die Regierungstruppen nicht einen Ring um sie und forderten mit vorgehaltenem Revolver die Leute zur Uebergabe auf, sondern die Matrosen wurden beim Betreten der Bureauräume heimtückisch festfallen und einzeln gefangen genommen. Widerstand ist nicht getrieben worden. Das „beschlagnahmte“ Geld — wo ist es geblieben? — gehörte der Kasernenverwaltung und war zur Auszahlung an die Löhnungsappellempfänger bestimmt.

Wahr ist an der ganzen Darstellung nur das eine, daß die Matrosen ahnungslos ankamen, um sich die Löhnung zu holen. Und gegen 24 dieser unschuldigen Menschen hat der Oberleutnant Marlow auf bloßen Gutdünken hin das Todesurteil gefällt. Der Wider ist immer noch auf freiem Fuße. Wir fordern daher erneut die Verhaftung dieses unmenschlichen Verbrechers.

Codepistel an der Arbeit.

Das Codepistelystem ist unter der Regierung Ebert-Scheidemann ebenso im Schwunge wie unter Wilhelm II. Hauptmann b. Beerfeldt, der von den traurigen Gestalten einer politischen Korruption mit besonderer Vorliebe beachtet wird, hat jetzt gegen vier dieser Gefellen Anklage erhoben. Anfang März erschienen in seiner Wohnung zwei Männer, die sich als Mitglieder des Zentralrats der Marine Hermann Lamm und Dr. Simon vorstellten. Sie gaben sich als Freunde aus und luden ihn zu einem Essen ein. An der Tafel nahmen mehrere Herren teil, und

Dieser Kampf des Proletariats ist in die entscheidende Phase eingetreten. Schon erfüllt sich der Satz des kommunistischen Manifestes: „Ein Teil der Bourgeoisie geht zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeoisie-Ideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.“ In je größeren Massen die Intellektuellen ihre Stellung und ihre Pflicht erkennen, um so leichter, schneller und unblutiger wird der Sieg des Proletariats sein. Nichts fürchtet die Bourgeoisie mehr als den Übergang der geistigen Arbeiter zum Proletariat. Denn sie, von welchem revolutionären Geist erfüllt, werden wichtige Helfer der Unterdrückten. Sie, die wirtschaftlich nur zum Teil Proletarier sind, verdrängen die Bewegung durch den Einsatz ihres rein ideologischen Idealismus. Sie bringen zum materiellen Zwang den Willen, zur Herzgewinnung die Begeisterung. Und da sie die Vorkämpfer sind, werden sie geholt und verfolgt. Das Bündnis des Proletariats mit den Intellektuellen wird zum Schrecken der Bourgeoisie.

Die Parole von der Internationale des Geistes ist eine Verächtlichung der Tatsache, daß es einen internationalen bürgerlichen Geist nicht mehr gibt.

Die Förderung der Kunst.

Ueber Kurt Eisner als Förderer der Kunst sprach der Jubiläum des Münchener Nationaltheaters, Viktor Schwann, die folgende Worte: In brüderlichem Verein mit der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands gilt unsere Trauer Kurt Eisner. Als dank seinem Wirken und seinem Geiste für Deutschland die Stunde geschlagen hat, aus der Nacht langer Knechtschaft in das Licht neuer Freiheit geführt zu werden, brach auch für die Kunst ein neuer Tag an. Eisners Tal an uns war nicht allein den Künstlern als Arbeiter in seine Rechte einzuführen, seine höhere Tag war: uns den Glauben an unsere Ideale wiederzugeben, unseren Glauben an die Bedeutung der Kunst für das Glück der Gesamtheit. Doch mit heute unserer Arbeit leben dürfen, nicht mehr in dem beschämenden Gefühl, bloße Aufschmückung für das Faszinieren der Altklassen zu bedeuten, sondern daß wir hier unsere Arbeit leisten dürfen, auf dem Wege wahrer künstlerischer Aufgaben zu erfüllen, das danken wir dem erleuchteten und edlen Geiste, der aus innerem Bedürfnis heraus die Stellung der Kunst im Weltgetriebe erhellte und im eigenen Herzen die höchsten Ziele der Menschheit nicht anders der Vervollendung entgegengeführt sehen konnte als verschmolzen mit den höchsten Zielen der Kunst.“

18. Jahrhunderts, die Ideen der Menschlichkeit und des Weltbürgertums und in ihrer Art sicher hinreichende Psychoanalyse der bürgerlichen Internationale, von der die Reibrigheit der Intellektuellen mittels der klassischen Kunst nach heute beherrscht wird. Aber welcher Zertum ist groveschloster ausgedehnt worden! Der Geist der Bourgeoisie war international, als es ihr Handel brauchte oder wie Marx es gesagt hat: „Die Ideen der Gewissens- und Religionsfreiheit sprachen nur die Herrschaft der freien Konkurrenz auf dem Gebiete des Wissens aus“. Und wie lang hat dieser Geist geherrscht? Genau so lang als die Bourgeoisie die Internationale der Ausbeutung und des Weltwunders braudat! Mit der Entwicklung des Kapitalismus veränderte sich das bürgerliche Denken. An die Stelle des Kampfes auf dem Weltmarkt trat der Kampf um den Weltmarkt, an die Stelle gemeinsamer internationaler Ausbeutung der Kampf der Völker um die Gegenstände der Ausbeutung, den der Weltkrieg vorläufig zugunsten des alten „Despoten des Weltmarktes“ entschieden hat. Und wie die Bourgeoisie veränderte sich ihr Denken. Ihre Philosophie, ihre Dichtung und wurde national. Für das internationale Denken von Weimar und Wolfenbüttel (Vesling), hatte unsere Bourgeoisie eine Bage wie für den Geist von Nazareth. Es war eine „Internationale des Geistes“, für die die Bourgeoisie (infolge ihrer ökonomischen Lage) kein Interesse mehr haben konnte. Alle Verehrung war daher eitel Heuchelei und die wahre Achtung hatte man nur für jene Geislingen, deren Chauvinismus dem Interesse der herrschenden Ausbeuterklasse diente. Die Wahrheit von Weimar war nur noch dazu gut, das Verbrechen von Potsdam kulturell zu rechtfertigen. Dieser Akt ist der Geist der bürgerlichen Internationale gewesen, so mußte er entstehen und vergehen. War er auch noch so edel, glaubte er auch mit der Kraft seines Idealismus an den Triumph der Menschlichkeit, an die Überwindung des Bösen, er war außerhalb, eine reale Internationale zu schaffen, als die Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse sich dagegen aufstellte.

Ein neuer, ganz anderer internationaler Geist der Gerechtigkeit und Menschlichkeit tritt das Erde an. Dem bürgerlichen Geist der Internationalen nichts vermögender Phäse stellen wir den Geist des Proletariats und des Sozialismus entgegen an Stelle der Phäsen der bürgerlichen Internationale des Eigentums: die Macht des Proletariats zur Vermittlung des Geistes durch den Sozialismus. Gegen die Verdrängung bürgerlicher Literaten und Geschichtsmacher: 1. Internationale auf proletarisch-revolutionärer Grundlage.

Dr. Simon sagte bei dieser Gelegenheit zu Hauptmann v. Beerfelde, unter den Anwesenden befände sich auch ein Vertreter der russischen Sowjetrepublik, das 2 Milliarden zur Förderung sozialistischer Zwecke bereit habe. v. Beerfelde solle über diese Gelder verfügen.

Herr v. Beerfelde hat diese Unterredung natürlich sofort durchschaut. Als er vor einigen Tagen bei Roste vor sprach, um gegen die Gehe zu protestieren, die von amtlicher Seite aus gegen ihn unternommen wird, stieß er in der Wohnung Rostes mit dem „Gehennungsfreund“ zusammen, der ihm das russische Geld angeboten hatte. Herr v. Beerfelde hat jetzt gegen die Spindel Klage angebracht, ebenso gegen die Zeitung, die zuerst die Nachricht brachte, er habe den Aufstand in Ostpreußen persönlich geleitet.

Ein Sozialisierungsamt in Sachsen.

Dresden, 22. März. Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Das Gesamtministerium hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß durch das Wirtschaftsministerium eine Vorlage für die Volkstammer über die Einrichtung eines Sozialisierungsamtes im Wirtschaftsministerium ausgearbeitet werden soll, und daß der Wirtschaftsminister und der Arbeitsminister mit den Gewerkschaften aller Richtungen über die Ausbildung von Arbeitern für die Aufgabe der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte ins Benehmen treten sollen.“

Die Einrichtung eines Sozialisierungsamtes wird nur dann von Wert sein, wenn der entschlossene Wille vorhanden ist, die Sozialisierung unverzüglich zu beginnen und sie durch Errichtung des Amtes zu fördern.

Bürgerliche Pressekorruption.

Bern, 22. März. Im Verlauf des Schweizerischen Generalstreikprozesses erklärte der Chefredakteur Robt des „Zürcher Volksrecht“, daß der Mitarbeiter der „Gazette de Lausanne“ und des „Journal de Genève“, Besson, dem „Volksrecht“ seine Mitarbeit angeboten habe mit dem Zusatz, daß für die Aufnahme der Artikel Entschädigung zu gewährt sei. Auf die entschiedene Ablehnung dieser Zumutung durch Robt erklärte Besson, er könne die Blosse nicht begreifen, die ganze westschweizerische Presse scheue nicht davor zurück, sich für ihre Mitarbeit bezahlet zu lassen. In einer Zuschrift an die Presse weist Besson diese Behauptung zurück, muß aber zugaben, daß er in seinem Vortrage, der Schweiz wirtschaftliche Freiheit zu verschaffen, dem „Zürcher Volksrecht“ wirtschaftliche Artikel angeboten habe. Im Falle der Annahme habe er die Druckkosten tragen wollen. Besson bemerkt weiter, sein Ziel sei gewesen, in der politischen Presse der deutschen Schweiz die in der westschweizerischen Presse vertretenen Ideen einzuführen, die er als nützlich für die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz erachtet habe.

Für den Kenner der deutschen Presseverhältnisse bietet die von unseren Züricher Genossen aufgedeckte Korruption der bürgerlichen Presse nichts Neues. Der Krieg und die anwachsende Gegenrevolution haben vielmehr diese Korruption ins Ungemessene gesteigert. Die Revolution hat auf diesem Gebiet noch eine Herkulesarbeit zu vollbringen.

Aus der Parteipresse.

Die jordan erschienene Nr. 12 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält u. a. folgende Beiträge: Das Ständerecht von Justizrat J. Werhauer, Die Krise der Gewerkschaftsbewegung von R. Seibel, Berlin von G. E. Graf, Defraudationen von H. Goldschmidt, Roter März von B. Schönau. Bestellungen auf den „Sozialist“ nehmen entgegen alle Postanstalten, Buchhandlungen, die Spezialisten der Freiheit. Auch kann der „Sozialist“ direkt vom Verlag Berlin W. 15, Hofmeisterstraße 58, bezogen werden. Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 M., Einzelnummer 50 Pf.

Gewerkschaftliches.

Die Buchbinder fordern das Räteystem.

Die Jahreshalle Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes hielt Freitag abend in den Armiahallen ihre Generalversammlung ab, in welcher der Jahresbericht gegeben wurde und die Neuwahlen der Gesamtverwaltung stattfinden sollten. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1918 lag gedruckt vor und wurde von der Versammlung genehmigt. Ueber die Neuwahl der Verwaltung entspann sich eine lebhafte, aber außerordentlich sachliche Debatte, in der von Kasper, Habedank, Scholz, Gabel und anderen die Notwendigkeit betont wurde, die Gewerkschaftsleitungen mit einem neuen Geist zu erfüllen, indem die zu wählenden Verwaltungsmitglieder auf die rückhaltlose Anerkennung des revolutionären Räteystems zu verpflichten sind. Ein Antrag des Kollegen Ludeke, die schon vollzogenen Wahlen der verschiedenen Branchenleitungen unter diesem Gesichtspunkt noch einmal vorzunehmen, wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ein Antrag Scholz, in diesen dadurch notwendig werden, Branchenversammlungen Vorträge über das Räteystem halten zu lassen, damit die Mitglieder mehr als bisher von der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Arbeiterräte durchdrungen werden. Die Wahl der Oberverwaltung in dieser Generalversammlung wurde dadurch hinfällig. In der vorzunehmenden Abstimmung soll dem bisherigen Vorsitzenden Bärzburger Kollege Kasper als Gegenkandidat gegenüber gestellt werden. An Stelle der ausstehenden Reichoren Jahn und Hofmann wurden Klingebell und Gähnel gewählt.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde ein Antrag angenommen, den Verbandsvorstand zu ersuchen, noch vor dem Gewerkschaftskongress einen Verbandstag einzuberufen.

Im Auftrage der Arbeitslosenkommission begründete Karlsruhe zwei Anträge, die ebenfalls angenommen wurden. 1. Zur Hilfe vom Verband gezahlten Arbeitslosenunterstützung werden aus der Lokalkasse Zuschläge gezahlt für Wochenentliche Mitglieder 50 Pfennig pro Tag, für Wochenentliche Mitglieder 1 Mark und für ausgeleitete männliche Kollegen 1,50 Mark 26 Tage, für weibliche 24 Tage. 2. Die Generalversammlung ersucht den Vorstand, sofort bei der Gewerkschaftsleitung dafür einzutreten, daß die vor dem 1. März gezahlten Unterstützungsgelder wieder eingeführt und nicht, wie vorgeschlagen, herabgesetzt werden.

Zum Schluss wurde mit großer Mehrheit ein Antrag Gabel angenommen, nach welchem als Publikationsorgan für die Jahreshalle Berlin nur noch die „Freiheit“ in Betracht kommt.

Streik der Leitergerüstbauer.

Die Leitergerüstbauer nahmen gestern den Streik der Lohnkommission entgegen. Ueber die Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete der Obmann der Tarifkommission. Die Fortsetzungen, die am 30. Februar unterbreitet wurden, betragen:

Für Bekker 3,00, Leitergerüstbauer 2,75, Tisch- und Hilfsarbeiter 2,50 M. pro Stunde für Rüstler 1,50 M. pro Woche. Die Verhandlungen verliefen wiederum resultatlos.

Eine Zuschrift der Arbeitgeber an die Tarifkommission wurde verlesen. Den Arbeitnehmern soll eine Erhöhung der Löhne um 15 Pf. die Stunde bewilligt werden, falls sie die ihnen am 6. März 1919 überreichten Arbeitsbedingungen, welchen ihrer Vertreter in der Tarifkommission damals grundsätzlich zugestimmt haben, anerkennen. Die Lohnzulage soll für drei Monate Geltung haben.

Die Arbeitgeber sind der Meinung, daß auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ein Heruntergehen von Preisen und Löhnen in kürzester Frist zu erwarten und daß die außerordentlich gesteigerten Forderungen der Arbeitnehmer ganz unannehmlich sind. Die Arbeitgeber würden es bedauern, wenn die Arbeitnehmer durch Festhalten an ihren unerschütterlichen Forderungen eine Schließung sämtlicher Betriebe ergoingen würden.

Das Schreiben war von Herrn L. Wilmann unterzeichnet. Durch Geheimabstimmung wurde mit großer Majorität gegen zwei Stimmen der aufgeschobten Besprechung beschloffen, am Montag, den 2. d. M., früh, die Arbeit in sämtlichen Betrieben bis zur Heiligen Paraphierung aller unserer gerechten Forderungen nicht aufzunehmen.

Bedingungen sind: Aufrechterhaltung des wahren Acht-Stundentages sowie volle Auszahlung für 8 Stunden Arbeitszeit per Woche, wenn auch nicht voll auf durchgearbeiteter wird, sei es durch Arbeitsmangel oder Witterungseinflüssen. Lohnerhöhung für Polier auf 2,75, für Gerüstbauer 2,50, Hilfs- und Knapenarbeiter 2,25 Mark pro Stunde.

Die bisher bestehenden Fahrpläne zur Arbeitsstelle, Zuschläge und Fahrgehalte usw. sind beizubehalten. Änderungen dürfen nicht getroffen werden, bis zur endgültigen Erledigung und Beschlußfassung der Lohnfrage im Bauarbeiter.

Geschlossen gelobten sich die Versammelten die Durchführung ihrer gerechten Forderung zu erämpfen und Mitten der Berliner Arbeiterschaft um Unterstützung.

Das Kommissionslokal befindet sich bei Hpt. Benz, Charlottenburg, Tegeler Weg 97. Telefon: Amt Wilhelm 4508.

Die Brandenleitung.

Groß-Berlin.

Vom Berliner Feuerlöschwesen.

Das Berliner Feuerlöschwesen wird von dem Branddirektor Reichelt geleitet. Dieser Herr ist unter den Feuerwehrmännern als ein sehr reaktionärer Herr bekannt. Seine Dienstausweisungen stinneten stets den Geist des vorrevolutionären Regiments, außerdem belasteten seine oftmals überflüssigen und reaktionären Geist getragenen Maßnahmen den Etat der Stadt Berlin ganz empfindlich. Der Arbeiterrat legte auf Grund der vom Volksgewalt erhaltenen Vollmacht diesem reaktionären Herrn das Handwerk. Die Dienstvorschriften wurden der neuen Zeit angepaßt und überflüssige Anordnungen verhindert, so daß nicht nur den Feuerchefsleuten der Dienst erleichtert, sondern auch der Stadt Berlin mehrere hunderttausend Mark an überflüssigen Ausgaben erspart worden sind.

Kunze hat der Polizeipräsident Eugen Ernst, den Arbeiterrat abgesetzt. Wir wollen seinen Akt im Wortlaut folgen lassen:

„Die Abteilung für Fe. ist als eine Abteilung des Polizeipräsidenten Berlin mit unmittelbarer Unterstellung. Sie wird von mir kontrolliert und erhält ihre Anweisungen nur von mir oder vom Ministerium des Innern durch mich. Die von dem früheren Berliner Volksgewalt dem Fe. Müller 439 ausgesprochene Vollmacht ist daher, weil sie ohne mein Einverständnis erteilt ist, unzulässig. Dem Fe. Müller steht also kein Recht zu, Kontrollen über den Geschäftsbetrieb der Abt. für Fe. auszuüben, Anordnungen zu treffen oder Anweisungen zu geben.“

Alle Schriftstücke, die früher von dem Leiter der Fe., oder in seinem Auftrag von den nach den Dienstvorschriften dazu Berechtigten unterzeichnet wurden, sind fortan wieder in der früheren Weise von dieser Dienststelle allein zu unterzeichnen.

Die die Zuständigkeit und die Befugnisse der Beamtenausschüsse endgültig geregelt sind, wird die Abt. für Fe. das mit den Gruppen des früheren Beamtenausschusses der Berliner Fe. geübte Verfahren auch mit den nach dem Abt. Befehl vom 2. Februar 1919 gebildeten Vertrauensausschüssen weiterhin zu beobachten und in allen die Interessen der Beamten und Angehörten der Fe. betr. Angelegenheiten diese Ausschüsse gütlichlich zu hören und von ihnen Wünsche entgegen zu nehmen haben.

Diese Verfügung ist allen Beamten und Angehörten der Abt. für Fe. sofort bekannt zu geben.

Eugen Ernst.

Die Verfügung von Ernst verdient um so mehr Beachtung, da sie sich gegen die Arbeiterräte wendet. Ohne den geringsten Grund wird dem Arbeiterrat der Feuerwehre seine Tätigkeit verboten. Soweit sind selbst die berühmtesten preussischen Landräte noch nicht gegangen, die noch heute das Kontrollrecht der Arbeiterräte anerkennen. Aber diese Haltung des Herrn Eugen Ernst entspricht ganz den Bestrebungen der rechtssozialistischen Führer. Diese wollen den Arbeiterräten politische Betätigung nicht zubereiten, wie der vorliegende Fall klar zeigt, wollen sie auch das rein wirtschaftliche Kontrollrecht der Arbeiterräte beseitigen, denn um ein solches handelt es sich bei der Berliner Feuerwehre. Es ist gut, daß sie schon jetzt ihre wahre Absicht bekunden. Die Arbeiterräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe stehen mit wenig Ausnahmen politisch auf dem Boden der Rechtssozialisten und Demokraten. Nachdem der Arbeiterrat der Feuerwehre abgesetzt worden ist, werden sicher auch die Arbeiterräte der anderen Behörden abgesetzt werden. Wir können diesen Arbeiterräten, die leider immer noch den rechtssozialistischen Führern Gefolgschaft leisten, nur sagen: Nur die allergrößten Säber wählen ihren Weg selber.

Unter den Feuerwehrlern hat das Vorgehen des Herrn Eugen Ernst große Erbitterung ausgelöst. Sie haben sich bereits in einer Versammlung mit dieser Verfügung beschäftigt und eine Kommission gewählt, die mit dem Polizeipräsidenten Eugen Ernst verhandeln soll. Außerdem soll der Arbeiterrat eine Denkschrift über seine Tätigkeit ausarbeiten.

Im übrigen wird dafür zu sorgen sein, daß die Feuerwehre in die Verwaltung der Stadt übergeht, die heute schon einzig und allein die gesamten Kosten trägt.

In den letzten Vorgängen in Berlin nahmen die Parteifunktionäre der S. P. D. in folgender Resolution Stellung:

„Die Parteifunktionäre von Berlin bedauern auf das lebhafteste die Vorgänge, welche zum

Nütigen Bürgerkrieg

geführt haben.

Die Hauptursache der Zusammenstöße bildeten zweifelsfrei die purkristlichen Versuche einer Reinen Winderheit, welche die Zeit für gekommen glaubte, um zur Durchführung ihrer Pläne die Macht an sich zu reißen. Diese Winderheit gefährdete dadurch die Errungenschaften der Revolution sowie deren Weiterentwicklung.

Die Versammlung erblickt in diesem Vorgehen eine schwere Gefahr für die arbeitende Bevölkerung und den Sozialismus. Sie verpflichtet sich, durch eifrige Aufklärungsarbeit in Fabriken, Werkstätten und Bureau dafür zu sorgen, daß solche Vorstöße sich nicht wiederholen.

Die Parteifunktionäre verurteilen aber auch die Rebergriffe von Regierungstruppen

auf das Schicksal. Die Versammlung fordert strenge Intervention, ohne Ansehen der Person, um die Schuldigen dem Strafgericht zuzuführen. Von der Regierung und den nachgeordneten Stellen erwartet die Versammlung, daß möglichst schnell eine freigeistliche Regelung aller handelsrechtlichen Einrichtungen vollzogen sowie besessene Sozialisierung durchgeführt wird. Allen reaktionären Widerständen muß unerbittlich Einhalt geboten werden.“

Diese Entschiedenheit schielte unter dem Druck der Stimmung in Arbeitkreisen gefaßt. Von nun nicht mehr alles verteidigen, was die Regierung angerechnet hat.

Uebrigens ist die Stimmung in weiten Kreisen, vor allem unter den Arbeitern, den Rebergriffen feindlich gesinnt. Nicht zuletzt hat die Haltung des „Vorwärts“ dazu beigetragen, der fortgesetzt die Parteifunktionäre fördert. Der „Vorwärts“ als Regierungsorgan kann nicht hin und nicht her. Kampfbild bemüht er sich, die Regierung zu führen, und keine Änderungen ergreifen die Macht. Deshalb auch seine Mut über unsere Partei und unser Volk, weil wir der Wähler mit Recht verheizen und die schamlose Rolle dieser Regierung und ihrer Schützlinge unerschämigt anzugucken.

Die Anstellung von Lebensmittelkontrolleuren aus den Reihen „bewährter Parteifunktionäre und Parteigenossen“ verlangt eine Konferenz der Parteifunktionäre der S. P. D. Berlin, um eine bessere Kontrolle bei der Lebensmittelverteilung herbeizuführen. An Beschwerden leiden die Leute der S. P. D. in Berlin nicht; sie tun so, als ob sie allein da seien, während gerade die letzten Stadtbewohner in Berlin bewiesen haben, daß die S. P. D. in Berlin die härteste Partei ist. Entweder übertrage man zur solche Kontrolle den Mitgliedern der Arbeiterräte, oder aber man vertraue mit dieser Kontrolle die neuwählten Stadtbewohner, von denen vor allem die Frauen sich gut für diesen Zweck eignen würden.

Der D-Zug Berlin-München-Stuttgart geht ab Berlin 9 Uhr 30 Min. und ist 11.30 nachts in Stuttgart. Dieser D-Zug, so wird uns von einem Leser mitgeteilt, fährt einen Wagen nach Stuttgart mit sich, der in Nürnberg sofort an einen von Nürnberg kommenden D-Zug angehängt wird.

Lebensmittellisten.

Reuhölln. In der kommenden Woche gelangen in Reuhölln auf Abschnitt 101 und 102 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte zusammen 200 Gramm Suppen zur Ausgabe. In den Fisch- und Rindfleischgeschäften Herings auf Abschnitt 137 der Reuhöllner Warenbezugskarte. In die in den Bezirken der 8. und 9. Bezirkskommission bei den Kleinhändlern eingetragenen Kunden wird auf Abschnitt 53 der Eierkarte 1 Ei verabfolgt. Die Speisefleischmenge ist unbeschränkt. In den höchsten Verkaufsstellen neben Honig und Suppenmütze Abgabe von Hindenburg-Kerzen zum Preise von 7,50 M. je Karton (10 Stück), einzeln 85 Pfennig.

Schöneberg. Bis zum 25. März Voranmeldung für 250 Gramm Haisfleisch auf die Abschnitte 103 und 104 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und für 100 Gramm Haisfleisch auf Abschnitt 31 der Jugendkarte. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 400 Gramm Parmelose auf Abschnitt 105 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und ein Ei auf Abschnitt 54 der Schöneberger Eierkarte.

Versammlungen.

Bilmersdorf. Am 18. März nahm die Mitgliedschaft des Ortsvereins Bilmersdorf der S. P. D. in einer überaus gut besuchten Mitgliederversammlung Stellung zum Parteitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Genosse Fabian des denkwürdigen 18. März. Die Genossin Remig-Charlottenburg hatte es übernommen, über den Parteitag Bericht zu erstatten. In der folgenden Aussprache stand hauptsächlich im Mittelpunkt Demokratie oder Rätesystem. Nebenher wurde auch der Eintritt am 9. November in den Rat der Volksbeauftragten gestreift. Genossen Reppich und Seidel wie auch Preitshild waren darin einig, daß es ein Fehler gewesen wäre, sich dem bürgerlichen Parlamentarismus gegenüber neugierig zu verhalten. Genosse Preitshild ließ keinen Zweifel darüber, daß zur Durchschiebung des Sozialismus nur die A- und S-Räte als geeignete Institution in Frage kämen; eine wahre Demokratie wie auch Pressefreiheit könne es mangels ökonomischer gleicher Bedingungen im kapitalistischen Staat nicht geben. Im Schlußwort wies die Genossin Remig darauf hin, der Rätesystem sei am 9. November nur Scheinbar zusammengebrochen; seierte er doch jetzt bereits, wenn auch in anderer Form, seine Auferstehung. Deshalb gelte es, wachsam Augen alle Geschehnisse zu betrachten. Unter „Verständenes“ wurde Genosse Dr. Bergfeld in den A- und S-Mat gewählt, wie die Delegation des Genossen Schulz in die Körperschaft bestätigt wurde. Zur Vorbereitung der Parteitag wurde eine fünfteilige Kommission gewählt. Genosse Eugenheimer brachte Anträge betreffend Kommunalisierung des Inzeraten, Anlagewesen usw. ein, diese wurden der Stadtbewohnerfraktion überwiesen.

Tegel. In der am Mittwoch stattgehabten Mitgliederversammlung gebaute unser Bezirksleiter Genosse Thomas in einer kurzen Ansprache zunächst des 18. März, der Revolution von 1848. Darauf hielt Herr Rektor Berlin einen schließlichen Vortrag über die „Einheitskarte“. — Die folgende Wahl der Parteileitung hatte dies Resultat: Thomas und Gutschow Vorsitzender und Stellvertreter, Barde und Frau Siebert; Kaffier; Wisse; Schriftführer; die Frauen Thomas, Salfes und Otto sowie Genosse Mohr als Revisor resp. Revisoren. — Die von militärischer Seite angeregte, auf höheren Befehl vorzunehmende Einrichtung einer örtlichen Sicherheitswehre ist nach Rücksprache mit Amtverwaltung und Arbeiterrat abgelehnt worden unter Berücksichtigung der daraus erwachsenden unerwünschten Umstände und unter der Auflage, daß die bisherige Sicherheitsverhältnisse am Orte als genügend erachtet werden. — Schließlich fanden noch Rollen von Delegierten zur Kreisversammlung und zu einigen örtlichen Körperschaften statt.

Reuhölln. Guten Besuch wies eine öffentliche Versammlung auf, die vom Nachbarverein der S. P. D. zu Donnerstag nach dem Singerschen Platz einberufen war und in der an Stelle des verbindlichen Genossen Voigtherr Genosse R. Neumann das Referat übernahm. Er gestellte die neue Regierung, die auch Reuhölln und Umgebung militärisch beglückte, obwohl bisher am Orte immer Ruhe geherrscht habe. In der Diskussion wies Genosse Schulz auf das neuzeitliche Wohnungsproblem hin, um den Mietern einen Schutz gegen Hausbesitzerwillkür zu geben. Es wurde ferner auf die Volkshochschulkultur aufmerksam gemacht, welche von anerkannten Gelehrten zur Bildung weiter Volksschichten stattfinden sollen. Prospekt und Teilnehmerkarten à 1 M. sind bei den Gewerkschaftsvorständen erhältlich.

Aus den Organisationen.

Richterfelde. Am Mittwoch, den 26. 3., abends 7 Uhr, findet bei Lenst, Hindenburgdamm 55, unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Bericht vom Parteitag; Auffstellung der Kandidaten zur Neuwahl des kommunalen Arbeiterrates. Erwünschten familiärer Mitglieder dringend notwendig. Mitgliedskarte legitimiert.

Bezirk Reinickendorf-Bek. Heute, Montag, abends 6 1/2 Uhr, in den Einwohnern Generalversammlung. 1. Bericht vom Parteitag, Referent: Gen. Buchholz; 2. Diskussion; 3. Bericht des Vorstandes; 4. Diskussion; 5. Wahl der Funktionäre; 6. Wahl von zwei Arbeiterräten; 7. Vereinsangelegenheiten; 8. Verschiedenes. Roge Beteiligung! Die Bezirksleitung.

Berlinwoch für die Redaktion Alfred Wielepp; Reuhölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einbindererei und Verlagsbuchhandlung m. d. S., Schillbaurdamm 19.